

Beschluss

Bildung miteinander leben

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 3. Landtagswahl

Antragstext

1 Inklusion statt Ausgrenzung

2 Noch immer sind nicht alle Räume in Rheinland-Pfalz barrierefrei zu erreichen,
3 sodass manche Menschen vom öffentlichen Leben ausgeschlossen werden. Wir fordern
4 daher die Barrierefreiheit in Rheinland-Pfalz konsequent weiter auszubauen.

5 Durch viele Einrichtungen, die sich speziell an behinderte Menschen wenden,
6 erfahren diese zwar eine auf sie abgestimmte Förderung, haben aber wenig
7 Berührungspunkte mit dem Alltag anderer Menschen. Das beginnt schon in der
8 Schule, wo behinderte Kinder von den anderen getrennt unterrichtet werden. Wir
9 sind der Meinung, dass Inklusion eine Bereicherung für alle darstellt und
10 fordern daher neue Inklusionskonzepte zu schaffen, die gleichzeitig die
11 individuellen Bedürfnisse behinderter Menschen erfüllen und eine
12 gleichberechtigte Teilhabe am Alltag der übrigen Bevölkerung ermöglichen.

13 Bildung ausreichend finanzieren

14 Die Schulen in Rheinland-Pfalz sind chronisch unterfinanziert, obwohl sie für
15 unsere Gesellschaft eine prägende Institution darstellen und großen Einfluss auf
16 zukünftige Generationen haben. Viele Schüler*innen haben täglich Zustände wie
17 unhygienische Toiletten, Platzmangel oder überhitzte Arbeitsräume zu beklagen,
18 bei denen jede*r Arbeitnehmer*in zurecht empört wäre.

19 Aus diesem Grund sollte für Renovierung und Modernisierung der Grundausstattung
20 der Schulen in Rheinland-Pfalz mehr Geld zur Verfügung gestellt werden.

21 Außerdem fordern wir die zeitnahe Angleichung der Lehrer*innengehälter der
22 verschiedenen Schulformen. Die Arbeit einer Grundschullehrkraft ist genauso
23 anspruchsvoll, wie die an einem Gymnasium und hat gleichwertige akademische
24 Voraussetzungen.

25 Rheinland-Pfalz hat einen Mangel an Sozialarbeiter*innen an Schulen und anderen
26 Einrichtungen. Das liegt zum Teil auch daran, dass es in Rheinland-Pfalz nur
27 begrenzte Ausbildungsplätze für Sozialarbeiter*innen gibt. Wir fordern daher die
28 Ausbildungsstätten für Sozialarbeiter*innen auszubauen und den Beruf der
29 Sozialarbeiter*in zu fördern und so Anreize zu schaffen, auch nach der
30 Ausbildung in Rheinland-Pfalz zu arbeiten. Gerade weil die Schulsozialarbeit eine
31 immer wichtigere Rolle an Schulen einnimmt besonders im Hinblick auf immer mehr
32 Ganztagsschul-Angebote, braucht es eine flächendeckende Versorgung von
33 Schulsozialarbeiter*innen an allen Schulformen. Dazu sollen die Fördermittel für
34 kommunale Schulträger zur Finanzierung von Schulsozialarbeiter*innen-Stellen
35 erhöht und verstetigt werden und neben der Stellenfinanzierung auch eine
36 Förderung des Budgets der Schulsozialarbeiter*innen-Stelle enthalten, was frei

37 für Projekte und Ausstattung der Schulsozialarbeit an den jeweiligen Schulen
38 verfügbar sein kann.

39

40 Wir wollen günstigen Wohnraum fördern, insbesondere für Auszubildende und
41 Studierende.

42 Die Wohnheime der Studierendenwerke in RLP sollen auch für Auszubildende
43 geöffnet werden.

44 Die Studierendenwerke sollen bei der Schaffung von günstigem Wohnraum vom Land
45 RLP angemessen finanziell unterstützt werden.

46 Modellschulen, an denen neue Lernkonzepte getestet werden, sollen noch stärker
47 gefördert werden. Andere Schulen werden dabei unterstützt, erfolgreiche Konzepte
48 selbst einzuführen.

49 **Digitalisierung an Schulen endlich voranbringen**

50 Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig eine gute digitale Ausstattung
51 und digitales Know-How für Schulen und Lehrer*innen sind. Trotzdem können viele
52 Lehrkräfte die digitalen Möglichkeiten nicht umfassend nutzen, sowohl für den
53 normalen Unterricht als auch in der jetzigen Ausnahmesituation. Um hier Abhilfe
54 zu schaffen, fordern wir verpflichtende Fortbildungen zum Thema digitale Lehre
55 und Medienkompetenz für alle Lehrer*innen in Rheinland-Pfalz. Zudem reicht es in
56 der heutigen Zeit nicht mehr aus, einen Schwerpunkttag zum Thema Medienkompetenz
57 zu veranstalten. Wir fordern, dass Medienkompetenz umfassend und nicht nur
58 stichpunktartig an rheinland-pfälzischen Schulen vermittelt wird.

59 Digitalisierung umfasst auch digitale Lernmittel. Ergänzend zur
60 Schulbuchausleihe muss das Land auch die Lizenzen für digitale Schulbücher
61 erwerben und zur Verfügung stellen. Genauso braucht jede*r Schüler*in einer
62 weiterführenden Schule einen eigenen Laptop/Tablet für den Unterricht. Das
63 Konzept „Bring your own device“ lehnen wir ab, da es soziale Ungleichheiten
64 fördert und der Lernmittelfreiheit widerspricht. Wer jedoch seine eigenen
65 Endgeräte in den Unterricht mitbringen will, kann dies gerne machen.

66 **Schule für die Schüler*innen und nicht für schnelle Noten**

67 Das deutsche Schulkonzept stammt im Prinzip aus dem 19. Jahrhundert und wurde
68 nie grundlegend reformiert. Das gesamte Schulsystem ist auf Leistungsdruck und
69 schnelle, wenig nachhaltige Lernerfolge ausgelegt. Das Notensystem befördert
70 dies zusätzlich. Wer vor einer Prüfung schnell alles lernt wird belohnt und
71 nicht, wer über längere Zeit Interesse und Spaß hat, sich Dinge anzueignen.

72 Daher fordern wir bis zur Oberstufe die Abschaffung von Noten zugunsten der
73 Einführung individueller Lern- und Entwicklungsberichte, verbunden mit
74 Selbsteinschätzungen.

75 Unser Schulsystem trennt Schüler*innen schon früh nach vermeintlicher
76 Leistungsstärke. Dies wollen wir beenden. Gemeinsames Lernen ist wichtig und
77 sinnvoll. Wir fordern daher die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems in
78 Rheinland-Pfalz. Auf einer Schule für alle sollten Schüler*innen dabei
79 unterstützt werden, ihre individuellen Interessen und Potenziale zu entfalten.
80 Zudem soll es Schüler*innen ermöglicht werden, miteinander und voneinander zu
81 lernen. Dazu gehören auch Lernkonzepte mit einem höheren Personalschlüssel um
82 jede*n Schüler*in auch wirklich individuell zu fördern. Wenn all dies umgesetzt
83 wird, ist auch das Sitzenbleiben wegen schlechter Leistungen überflüssig, denn
84 Schüler*innen erlangen dann gemeinsam Lernerfolge.

85 Sexualekundeunterricht zeitgemäß gestalten

86 Aufklärung und Sexualekundeunterricht sind wichtig. Schüler*innen können sich
87 jedoch dabei unwohl fühlen, einer Lehrkraft, die als Autoritätsperson
88 wahrgenommen wird und beispielsweise auch Noten vergibt, intime Fragen zu
89 stellen. Aus diesem Grund fordern wir ein zusätzliches Angebot außerhalb des
90 schulischen Sexualekundeunterrichts, bei dem die Jugendlichen ohne die
91 Anwesenheit einer Lehrkraft die Möglichkeit haben, Fragen zu stellen und in
92 einem geschützten Raum Erfahrungen auszutauschen. Dabei müssen auch verschiedene
93 queere Lebensidentitäten Raum finden und als genauso selbstverständlich wie
94 Heterosexualität dargestellt werden.

95 Junge Menschen politisch bilden und ernst nehmen

96 Die Fridays for Future und Black Lives Matter Bewegungen haben gezeigt, wie
97 politisch aktiv Jugendliche in Rheinland-Pfalz sind. Politisches Interesse
98 beginnt nicht erst mit der Volljährigkeit und viele Jugendliche sind über
99 Politik besser informiert als Erwachsene. Trotzdem haben sie in Rheinland-Pfalz
100 bis jetzt keine Möglichkeit mitzubestimmen, wie ihre Zukunft aussehen soll. Wir
101 unterstützen daher die Forderung nach einem Wahlalter 16 bei Kommunal- und
102 Landtagswahlen. Jedoch ist jede Altersbeschränkung willkürlich und schwer mit
103 dem Demokratieprinzip vereinbar, nach welchem alle Menschen ein Recht auf
104 Mitbestimmung haben. Gerade Kinder brauchen ein Wahlrecht, um ihre Interessen in
105 einer alternden Gesellschaft kenntlich machen zu können. Wir fordern daher die
106 Abschaffung der Wahlaltergrenze. Bis zum vollendeten 14. Lebensjahr soll es zur
107 Wahrnehmung des eigenen Wahlrechts notwendig sein, sich selbstständig und
108 persönlich auf der jeweiligen Behörde in das Wähler*innenregister eintragen zu
109 lassen.

110 Für eine lebendige Demokratie ist es aber wichtig, dass Kinder und Jugendliche
111 schon früh eingebunden und ernst genommen werden. Wir fordern daher, dass
112 Jugendbeteiligung zur Pflichtaufgabe für Kommunen wird. Jedes Kind oder
113 Jugendliche sollte in seiner Schulzeit mindestens einmal in Jugendbeteiligung
114 eingebunden werden.

115 Politik betrifft Menschen in jedem Alter, daher ist es wichtig, so früh wie
116 möglich mit der politischen Bildung zu beginnen. Aus diesem Grund fordern wir
117 Sozialkundeunterricht verpflichtend ab der 7. Klasse an allen rheinland-
118 pfälzischen Schulen.

119 Hochschule und Forschung nachhaltig gestalten

120 Bei der Lehrer*innenausbildung an Rheinland-Pfälzischen Universitäten fordern
121 wir einen größeren Fokus auf Pädagogik und Psychologie, sowie auf das Erwerben
122 von sozialen Kompetenzen. Es braucht ganze Lehrstühle für Pädagogik und Lehre im
123 Lehramtsstudium.

124 Der Universitäts- und Forschungsstandort Rheinland-Pfalz soll weiter ausgebaut
125 werden. Wir brauchen mehr Medizinstudienplätze und auch einen weiteren Ausbau
126 der Universitäten Koblenz und Landau. Zusätzlich zu Trier und Mainz soll der
127 Aufbau einer Unimedizin in Koblenz und Kaiserslautern geprüft werden.

128 Hochschulen spielen auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft eine besondere Rolle
129 als Orte, an denen sich zukünftige Multiplikator*innen umfassend bilden. Hier
130 muss das Potenzial von Transformationen weiter gefördert werden, durch eine
131 flächendeckende Implementierung von fachbereichsübergreifender Bildung für

132 nachhaltige Entwicklung in der Lehre. Zugleich müssen die Institutionen mit
133 gutem Beispiel vorangehen und ihre betrieblichen Aufgaben anhand von
134 ökologischen Kriterien ausrichten. Im Forschungsbereich gilt es, innovative
135 Lösungen für eine sozial verträgliche Implementierung technologischer Neuerungen
136 zu entwickeln. Um die Hochschulen bei diesen Aufgaben zu unterstützen, sollten
137 Nachhaltigkeitsbüros zur Koordination dieser Aufgaben finanziert werden. Eine
138 Berichterstattung über die bisherigen Aktivitäten, sowie die Erarbeitung einer
139 Nachhaltigkeitsstrategie unter Einbezug aller beteiligten Statusgruppen sind
140 ebenfalls unabdingbar.

141 Wir fordern die Abschaffung der Zweitstudiengebühren.

142 Wir möchten die Mitbestimmungsrechte aller Statusgruppen im Senat stärken. Daher
143 setzen wir uns dafür ein, dass professorale Mehrheiten nur bei gesetzlicher
144 Pflicht hergestellt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass auch die
145 Studierendenschaft mit einer Vertretung im Präsidium mitwirkt.

146 Die Hochschulen sollen in Forschung, Lehre und Studium ausschließlich friedliche
147 Zwecke verfolgen. Daher fordern wir eine Zivilklausel an rheinland-pfälzischen
148 Hochschulen.